

# Abänderungsantrag

der Abgeordneten *Mag. HAUPT, Mag. Janasch*  
und Kollegen

**zum Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales (1011 der Beilagen) über die Regierungsvorlage (948 der Beilagen) betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Ausländerbeschäftigungsgesetz geändert wird**

Der Nationalrat wolle in zweiter Lesung beschließen:

Der eingangs bezeichnete Gesetzesantrag wird wie folgt geändert:

1. Z 15 lautet:

„15. § 8 Abs. 2 lautet:

„(2) Die für einen Ausländer erstmals erteilte Beschäftigungsbewilligung ist weiters mit der Auflage zu verbinden, dass zur Erhaltung der Arbeitsplätze inländischer Arbeitnehmer im Falle

- a) der Verringerung der Anzahl der Arbeitsplätze die Beschäftigungsverhältnisse der Ausländer vor jenen der inländischen Arbeitnehmer zu lösen sind;
- b) von Kurzarbeit im Sinne des Arbeitsmarktförderungsgesetzes vor deren Einführung die Beschäftigungsverhältnisse der Ausländer zu lösen sind, wenn dadurch Kurzarbeit auf längere Sicht verhindert werden könnte.

Von einer beabsichtigten Maßnahme im Sinne der lit. a hat der Arbeitgeber die regionale Geschäftsstelle des Arbeitsmarktservice zu verständigen, wenn die Verringerung der Anzahl der Arbeitsplätze im Verhältnis zur Gesamtzahl der im Betrieb Beschäftigten ein erhebliches Ausmaß erreichen würde.“

2. Z 16 entfällt.

3. Die Z 17 bis 45 erhalten die Bezeichnungen Z 16 bis 44.

4. Z 44 neu lautet:

„44. Dem § 34 wird folgender Abs. 28 angefügt:

„(28) Die §§ 1 Abs. 2 lit. a, i, l und m und Abs. 5, 2 Abs. 2 lit. b, 4 und 10, 3 Abs. 1, 2 und 8, 4 Abs. 3 Z 7, Abs. 6 Z 4a und Abs. 8, 5 Abs. 1, 1a und 5a, 8 Abs. 2, 11 Abs. 1 und 2, 12 Abs. 3, 4, 5, 6, 8, 9 und 10, 12a Abs. 3, 14a Abs. 1 und 1a, 14e Abs. 1 Z 2, 15 Abs. 1, 4 und 6, 15a, 17, 18 Abs. 12 bis 16, 20b Abs. 4, 24, 26 Abs. 4, 27 Abs. 4, 27a Abs. 3, 28 Abs. 1 Z 1 lit. a und Z 5 lit. a und b und 32a Abs. 1, 6 und 7 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2005 treten mit 1. Jänner 2006 in Kraft.“

*Lehner - Tsch...*

**Begründung**

Die Verpflichtung, Beschäftigungsbewilligungen mit der Auflage zu verbinden, im Falle der Verringerung der Anzahl der Arbeitsplätze bzw. im Falle von Kurzarbeit die Beschäftigungsverhältnisse der Ausländer vor jenen der inländischen Arbeitnehmer zu lösen, soll nur bei Ausländern zur Anwendung kommen, die erstmals Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten haben.